

„Wer sagt, dass er nicht will?“

SPIEGEL-Gespräch SPD-Vize Olaf Scholz, 57, entwirft ein Regierungsprogramm für die Sozialdemokratie: Die Partei muss für Weltoffenheit stehen und Angebote für die bedrängte Mittelschicht machen.

SPIEGEL: Herr Scholz, ist die SPD verliebt ins Verlieren?

Scholz: Quatsch.

SPIEGEL: Ihre Partei hat in Umfragen einen Tiefpunkt erreicht, Vizekanzler Sigmar Gabriel hat so schlechte Popularitätswerte wie kaum ein sozialdemokratischer Parteiführer vor ihm. Und wer sich in der Partei umhört, spürt überall Resignation und Fatalismus.

Scholz: Ich versüre das nicht. Die SPD ist in den Ländern durchaus erfolgreich, wir sind an 13 von 16 Regierungen beteiligt, bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz konnte Malu Dreyer einen beeindruckenden Erfolg erringen. Natürlich sind die Umfragen im Bund momentan nicht berühmt, aber ich sehe keinen Grund für Kleinmut.

SPIEGEL: So reden sich Sozialdemokraten seit Monaten die Lage schön. Auch in der Berliner Koalition verweisen Ihre Genossen gern auf angebliche Erfolge, weil sie den Mindestlohn oder die Frauenquote durchgesetzt haben. Trotzdem laufen Ihnen die Wähler davon. Woran liegt das?

Scholz: Die SPD muss nicht nur gute Arbeit leisten. Die Bürgerinnen und Bürger müssen ihr auch zutrauen, das ganze Land zu führen. Wenn uns das gelingt, wird sich das bei Wahlen auszahlen.

SPIEGEL: Das klingt, als würde Ihre Partei diesen Anforderungen derzeit nicht gerecht.

Scholz: In der Politik muss man nicht nur das Richtige tun, man muss auch lange Zeit das Richtige tun. Es gibt nun mal keine Knöpfe, auf die man kurz mal drückt, und dann ist alles so, wie man es sich wünscht. Die SPD hat den Auftrag, mit einer klugen Politik die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Sie muss dafür sorgen, dass die Wirtschaft sich gut entwickelt und der soziale Zusammenhalt gestärkt wird. Das wird uns nur gelingen, wenn wir die strategische Herausforderung verstehen, vor der unsere Volkswirtschaft steht.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Scholz: In allen traditionellen Industrieländern der Welt sind die Wachstumsraten seit den Achtzigerjahren zurückgegangen, die Einkommen der Mittelschichten stagnieren. Und für ungelernte Arbeitskräfte sind sie sogar gesunken. Diese Entwicklung hat inzwischen fast überall ressentimentbeladene und chauvinistische Bewegungen hervorgebracht, die ein pessimistisches Grundgefühl in Teilen der Bevölkerung und die Sehnsucht nach der guten alten Zeit bedienen, von der FPÖ in Österreich,

über die Rechtspopulisten in Frankreich oder Skandinavien bis zu Donald Trump in den USA. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen dazu das Gegenprogramm bieten: eine zukunfts zugewandte und optimistische Antwort auf die Herausforderungen von Globalisierung und Digitalisierung.

SPIEGEL: Die scheint derzeit aber viele Bürger nicht mehr zu überzeugen. Gerade Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder, also die klassische Klientel der Sozialdemokratie, wendet sich den Rechtspopulisten zu.

Scholz: Ja, in vielen Ländern Europas haben die Bürgerinnen und Bürger nur die Wahl zwischen einer rechtspopulistischen Partei mit sozialer Fassade und liberalen Bewegungen, die sich keine Gedanken um den sozialen Zusammenhalt machen. In Deutschland ist das nicht so. Denn es ist die historische Leistung der Sozialdemokratischen Partei, ein politisches Angebot zu machen, das gesellschaftlichen Zusammenhalt und Liberalität verbindet.

„Bislang dachten viele, die Kanzlerin sei unschlagbar. Davon kann keine Rede sein.“

SPIEGEL: Viele Ihrer Genossen orientieren sich lieber am Vorbild des britischen Labour-Führers Jeremy Corbyn oder des US-Präsidentschaftsbewerbers Bernie Sanders. Die wollen zurück zu den Wurzeln ihrer Parteien – und das heißt: nach links.

Scholz: Es geht nicht um ein Zurück zu den Wurzeln. Die SPD war immer eine fortschrittliche, der Zukunft zugewandte Kraft. Dabei sind zwei Grundsätze zu beachten: Wir dürfen nicht mehr versprechen, als wir halten können, denn das macht unglaubwürdig. Und kein politischer Wille, sei er noch so kernig formuliert, kommt an den Gesetzmäßigkeiten der Ökonomie vorbei. Den Kompass unserer Reformpolitik hat der frühere US-Präsident Bill Clinton gut formuliert: Wir machen Politik für diejenigen, die hart arbeiten und sich an die Regeln halten.

SPIEGEL: Das Problem ist nur, dass sozialdemokratische Parteien unter diesem Motto Reformen des Arbeitsmarkts und des Sozialstaats durchgesetzt haben, die der eigenen Stammklientel nicht zu vermitteln waren. Wie entkommt die Sozialdemokratie diesem Dilemma?

Scholz: Natürlich sind auch der SPD in ihrer Regierungszeit Fehler unterlaufen. Wir hätten den Mindestlohn zum Beispiel, den wir in dieser Legislaturperiode durchgesetzt haben, zeitgleich mit den Arbeitsmarktreformen der Regierung Schröder etablieren sollen. Trotzdem zweifelt heute kaum jemand daran, dass unsere damalige Politik dazu beigetragen hat, dass wir heute die Beschäftigung auf einem historischen Höchststand sehen.

SPIEGEL: In der SPD wird die Agenda 2010 eher als neoliberaler Sündenfall betrachtet. Müsste sich die Partei nicht klarer davon distanzieren?

Scholz: Mir ist letztlich egal, wer damals für oder gegen die Reformen war. Ich möchte mich mit allen gemeinsam den Zukunftsfragen zuwenden, und dazu gehören für mich all jene Herausforderungen, die heute die Mittelschicht und die unteren Lohngruppen gleichermaßen betreffen. Die steigenden Wohnkosten zum Beispiel, die Ausgaben für Krippen und Kitas oder die Studiengebühren, die wir mühsam wieder zurückgedrängt haben. Die SPD muss dafür sorgen, dass es gerecht zugeht im Land. Und sie muss sich dafür verantwortlich fühlen, dass wir genügend Leute haben, die ein Unternehmen gründen oder durch eine klassische Berufsausbildung oder ein Studium auf dem Arbeitsmarkt ein ordentliches Einkommen erzielen können.

SPIEGEL: Vielen in der SPD ist das zu wenig. Sie wollen die Vermögensteuer wieder einführen, um die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich zu bekämpfen. Was halten Sie davon?

Scholz: Wir sollten immer überlegen, was wir tun können, um mehr Gerechtigkeit zu schaffen. Von höheren Steuern sollten wir aber keine finanziellen Wunder erwarten. Die steuerpolitischen Spielräume sind in jeder Hinsicht begrenzt. Deshalb stört es mich auch, wenn Politiker jetzt versuchen, Hoffnungen auf Steuersenkungen zu wecken.

SPIEGEL: Sie meinen Bundesfinanzminister Schäuble, der angekündigt hat, die Abgaben für mittlere Einkommen zu senken.

Scholz: Der Minister weckt Erwartungen, die er nicht erfüllen kann. Das wissen übrigens auch die Bürgerinnen und Bürger. Solche Vorschläge verschärfen das Glaubwürdigkeitsproblem der Politik.

SPIEGEL: Können wir festhalten, dass die SPD nicht beabsichtigt, im Wahlkampf Steuersenkungen zu versprechen?

Scholz: Ich sehe dafür kaum Spielraum. Der Staat hat jede Menge Aufgaben zu bewäl-



Politiker Scholz: „Es gibt schönere Wahlergebnisse“

tigen, von der Flüchtlingskrise bis zum Ausbau der Infrastruktur. Außerdem haben sich Bund und Länder verpflichtet, keine neuen Schulden zu machen.

SPIEGEL: Ein anderes Gerechtigkeitsthema, das die SPD diskutiert, ist die Altersarmut. Das beschäftigt die Partei spätestens, seitdem die ehemalige Putzfrau Susanne Neumann auf einem Kongress vorgerechnet hat, wie wenig Rente ein Niedrigverdiener nach fast 40 Arbeitsjahren bekommt. Muss das Niveau der gesetzlichen Rente angehoben werden?

Scholz: Erst einmal hat die SPD in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass die gesetzliche Rente wieder stabil ist.

SPIEGEL: Das ist kein Kunststück, wenn man das Niveau der Rente senkt.

Scholz: Es gab viele Jahre, in denen auch der SPIEGEL das baldige Ende der gesetzlichen Rentenversicherung vorausgesagt hat, wenn das System nicht grundlegend reformiert werde. So etwas habe ich lange nicht mehr gelesen. Trotzdem stellen sich immer wieder neue Gerechtigkeitsfragen. Mich treibt zum Beispiel das Schicksal jenes Facharbeiters um, der mit Anfang fünfzig einen Unfall hat, der ihn aus dem Betrieb katapultiert. Kann er auf eine faire Rente hoffen? Das ist eines jener Rententhemen, denen wir uns dringend widmen sollten.

SPIEGEL: Sollte das auch Gegenstand des Wahlkampfs sein?

Scholz: Es wäre merkwürdig, wenn das bei Wahlen keine Rolle spielte. Die meisten von uns zahlen jahrzehntelang in die Rentenversicherung ein und erhalten mehrere Jahrzehnte lang Rente. Wir sollten die Debatte aber so führen, dass keine neuen Ängste um eines der krisensichersten Alterssicherungssysteme der Welt entstehen.

SPIEGEL: Die SPD hat in den vergangenen zwei Jahren stark auf die politische Mitte gezielt. Bloß, da war kaum Platz, weil Angela Merkel die CDU erfolgreich nach links gerückt hat. Welche Schlüsse ziehen Sie daraus?

Scholz: Mit der Forderung nach Innovation und Gerechtigkeit haben wir 1998 erfolgreich Helmut Kohl abgelöst. Ich finde, Innovation und Gerechtigkeit sind auch heute aktuelle Ziele. Im Übrigen steht die Union derzeit längst nicht mehr so erfolgreich da. Bislang dachten viele, die Kanzlerin sei unschlagbar. Davon kann nach dem jüngsten Absturz der Union in den Umfragen keine Rede mehr sein.

SPIEGEL: Was ist da passiert?

Scholz: Die Wählerinnen und Wähler haben eine ziemlich klare Vorstellung davon, was politische Führung heißt. Sie erwarten einen klaren Plan für die Entwicklung unseres Landes, und sie wollen darauf vertrauen, dass dieser Plan auch zum Erfolg führt. Die Bürgerinnen und Bürger haben den Glauben daran verloren, dass Angela Mer-

kel einen Plan hat und alle Krisen gut managen kann.

SPIEGEL: In der Flüchtlingskrise hatten die Bürger mitunter das Gefühl, der Staat verliert die Kontrolle.

Scholz: Das war nicht gut, und das darf sich nicht wiederholen.

SPIEGEL: Hätte sich die SPD gegen die weitere Aufnahme von Flüchtlingen aussprechen sollen?

Scholz: Nein. Die SPD ist eine weltoffene und humanistische Partei. Wir wollen eine Gesellschaft, die Flüchtlinge aufnimmt, wenn sie vor Krieg oder Folter davonlaufen, um das eigene Leben oder das ihrer Familien zu retten. Aber das bedeutet auch, dass wir uns auf die konzentrieren müssen, die tatsächlich verfolgt werden. Eine Politik nach dem Motto „Grenze auf für alle“ ist nicht sozialdemokratisch. 1,5 Millionen Flüchtlinge sind kein Problem für die EU mit 500 Millionen Einwohnern – wohl aber für einen einzelnen Staat, selbst wenn er so stark ist wie Deutschland. Deshalb brauchen wir eine konsistente europäische Flüchtlingspolitik.

SPIEGEL: Seit die Balkanroute geschlossen ist, sind die Flüchtlingszahlen stark gesunken. Ist die Krise vorbei?

Scholz: Vor diesem Eindruck möchte ich ausdrücklich warnen. Wie viele Flüchtlinge in diesem Jahr kommen, kann derzeit niemand seriös vorhersagen. Immerhin haben wir jetzt die Strukturen für die Behörden aufgebaut, um die Lage im Griff zu behalten. Aber wir dürfen nicht die Illusion verbreiten, dass die Sache bereits ausgestanden sei. Es geht um eine Daueraufgabe, die uns sehr lange begleiten wird.

SPIEGEL: Was muss geschehen?

Scholz: Das Erste ist, dass Europa seine Verantwortung für die gemeinsamen Außengrenzen wahrnimmt. Und Grenze heißt Grenze, da gehören manchmal auch Schlagbäume und Zäune dazu sowie Rückführungsabkommen wie jetzt mit der Türkei. Dazu gehören aber auch Übergänge, an denen Reisende, Geschäftsfrauen, Studierende die Grenzen passieren können – und auch Flüchtlinge, wenn sie einen Fluchtgrund vorweisen können. Zweitens benötigen wir mehr Solidarität in Europa. Wir dürfen nicht wegucken, wenn die Probleme gerade mal nicht bei uns, sondern in Italien oder Griechenland auflaufen. Und drittens müssen wir internationalen Organisationen helfen, die Flüchtlingslager in den Krisenregionen besser auszustatten.

SPIEGEL: Die SPD muss bald entscheiden, wer der Kanzlerkandidat für solche Programmpunkte sein soll – falls sie überhaupt noch einen Bewerber aufstellt. Parteichef Gabriel hat vorgeschlagen, bei mehreren Bewerbern die Mitglieder entscheiden zu lassen. Ist das eine gute Idee?



Scholz, SPIEGEL-Redakteure*
„Wir spielen hier kein Kindertheater“

Scholz: Ich plädiere dafür, dass wir einen gemeinsamen Vorschlag entwickeln und ihn dann auch gemeinsam vertreten. Wir sind uns in der SPD einig, dass wir Anfang des nächsten Jahres eine Entscheidung treffen werden – und das ist gut so.

SPIEGEL: Gabriel glaubt, dass es die Partei beleben könnte, wenn man die Basis einbezieht. Da hat er doch einen Punkt.

Scholz: Das stimmt, Vorwahlen sind manchmal ein Ausweg, wenn ein Konflikt besteht, der nicht anders zu lösen ist. Ich bin aber der Auffassung, dass Zusammenhalt besser ist. Geschlossenheit ist in der Politik eine Tugend.

SPIEGEL: Gabriel hat in einem Gespräch mit dem SPIEGEL deutlich gemacht, dass er

„Die SPD hat eine Reihe von Personen, denen man das Kanzleramt zutraut.“

nicht an seinem Stuhl klebt. Wenn es andere, bessere Kandidaten gäbe, stünde er nicht im Wege. Können Sie sich vorstellen zu übernehmen?

Scholz: Wir haben uns auf ein klares Vorgehen verständigt. Dazu gehört, dass der SPD-Vorsitzende einen Vorschlag macht – und dazu gehört, dass der Vorsitzende immer auch ein guter Kanzlerkandidat ist.

SPIEGEL: Gilt das auch für den jetzigen Vorsitzenden?

Scholz: Klar.

SPIEGEL: Hat Gabriel noch den nötigen Rückhalt in der Partei?

Scholz: Natürlich, er ist im Dezember mit einem ordentlichen Ergebnis gewählt worden.

SPIEGEL: Sie scherzen. Gabriel hat auf dem jüngsten Parteitag gerade einmal 74,3 Pro-

zent der Stimmen bekommen. Ein gutes Wahlergebnis sieht anders aus.

Scholz: Es gibt schönere Wahlergebnisse, da gebe ich Ihnen recht. Aber ich finde, dass ein Wahlergebnis von mehr als 70 Prozent nichts ist, womit man sich lange aufhalten sollte.

SPIEGEL: Das Problem der SPD ist nicht nur die ungelöste Personalfrage. Der Partei fehlt auch die Machtperspektive. Oder sehen Sie noch die Chance für ein rot-rot-grünes Bündnis nach der Wahl?

Scholz: Rot-rot-grün ist nicht realistisch. Die Partei Die Linke hat es versäumt, sich in wichtigen Fragen wie der Außenpolitik inhaltlich neu zu positionieren. Wir spielen ja hier kein Kindertheater. Es geht um die Frage, wer das größte Land der EU und eine

der wichtigsten Volkswirtschaften der Welt künftig regieren soll.

SPIEGEL: Anders gesagt, die SPD hat keine Machtperspektive.

Scholz: Ziel der SPD muss bleiben, stärkste Partei zu werden und den Kanzler zu stellen. Diesen Anspruch dürfen wir nicht aufgeben. Wenn die Bürgerinnen und Bürger uns zutrauen, das Land zu führen, kann das in den Umfragen schnell zusätzlich zehn Prozentpunkte bringen. Das ist im Übrigen ungefähr der Abstand, der uns derzeit von der Union trennt.

SPIEGEL: Es gibt Genossen, die Ihnen taktische Spielchen vorwerfen. Anstatt sich selbst zu positionieren, setzen Sie lieber auf die Wahl 2021, wenn Merkel nicht mehr antritt.

Scholz: Von Journalisten habe ich so etwas schon gehört, aber noch nie aus der Partei. Das wäre ja auch absurd. Es ist keine Strafe, Kanzlerkandidat der SPD zu werden. Und wenn die SPD bei der nächsten Wahl nicht gut abschneidet, ist es sehr wahrscheinlich, dass die Chancen für die darauffolgende Wahl nicht besser werden.

SPIEGEL: Was muss der Kanzlerkandidat mitbringen, und was ist Aufgabe der Partei?

Scholz: Die SPD muss auf die Herausforderungen unseres Landes die richtigen Antworten geben. Sie muss einen klaren Kurs verfolgen, den jeder verstehen kann, ohne dass er die Details des Programms kennt. Die SPD muss sich so aufstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger sie als Kanzlerpartei wollen.

SPIEGEL: Stehen Sie als Kandidat zur Verfügung, falls Gabriel nicht will?

Scholz: Wer sagt denn, dass er nicht will? Es ist gut, dass die SPD eine Reihe von Personen hat, denen man das Kanzleramt zutraut. Personalspekulationen führen aber nicht weiter. Das können manche schwer ertragen, die von außen Unruhe in die Partei tragen wollen. Wir haben uns fest vorgenommen zusammenzuhalten.

SPIEGEL: Herr Scholz, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Michael Sauga, Klaus Brinkbäumer, Horand Knap in Berlin.